

Die Schönfärberei hält an

Auch zwei Jahre nach der „Flüchtlingskrise“ haben Medienmacher noch immer die Kurve nicht gekriegt

Michael Paulwitz

Im Juli war es mal wieder soweit: Kai Gniffke, Chefredakteur von ARD aktuell, hatte einen kurzen Anfall von Selbstkritik. „Wir sollten den Teufel tun, unserem Publikum zu sagen, was es zu denken hat. Auch nicht zwischen den Zeilen.“ Da hätten sie aus der eigenen tendenziösen „Pegida“-Berichterstattung gelernt. Nein, haben sie nicht. Auch nicht aus der Haller-Studie, die den deutschen Leitmedien am Beispiel ihres Umgangs mit der Asyl- und Einwanderungskrise abgehobene, parteiliche Bevormundung und unkritische, diensteifrige Regierungs- und Politiknähe nachgewiesen hat. Der Gouvernanten-Journalismus feiert weiter fröhliche Urständ.

Die Manipulation beginnt bereits mit dem irreführenden Pauschalbegriff „Flüchtlinge“. Nach wie vor ignorieren die Kopfmeldungen und Titelseiten die alltäglich zuschlagenden Mörder, Vergewaltiger und Messerstecher, solange die Täter Immigranten und die Opfer Einheimische sind. Nur umgekehrt wird daraus eine Meldung.

Wenn in Barcelona oder Manhattan ein „Allahu akbar“-Terrorist wahllos Passanten mit einem Fahrzeug niedermäht, servieren die Meinungswächter dem deutschen Leser und Zuschauer immer noch gleichklingende Schlagzeilen von irgendwie schicksalhaften „Vorfällen“ mit offenbar wildgewordenen „Kleinlastern“, während ausländische Nachrichten Täter und Motive schon längst beim Namen genannt haben.

Die verinnerlichte Einseitigkeit ist so provinziell wie grotesk, und sie ist beileibe nicht auf politische und Info-Formate beschränkt. Da werden dann schon einmal in der Fahndungssendung „XY ungelöst“ marokkanische Messerstecher von phänotypisch „biodeutschen“ Laienschauspielern nachgestellt, und der volkspädagogisch stets besonders bemühte „Tatort“-Krimi wird hastig umgeschnitten, weil die taz moniert hat, daß ein paar altruistisch gezeichnete Nebendarsteller als Pegida-Sympathisanten erkennbar sein sollen. Kann im schwarz-weißen Medien-Paralleluniversum ja nicht sein, daß einer mit „falscher“ Gesinnung mal was Richtiges tut.

Das wirft ein grelles Schlaglicht auf das polit-mediale Kastendenken, das das Medien-Establishment wie eine Berufsseuche fest im Griff hat: Man schreibt und sendet nicht für das Informationsbedürfnis der Leser und Zuschauer, sondern für das Wohlwollen und den Beifall der Zunftgenossen. Schlimmer als der Überdruß und die Flucht der Kundschaft ist der Bannfluch der Kollegen, die einen als „Rechtspopulisten“, „Rassisten“ oder „AfD-Sympathisanten“ – was im intellektuell übersichtlichen Schubladendenken des grüngebleichten Durchschnittsjournalisten ohnehin alles irgendwie gleich böse ist – aus dem exklusiven Kreis der Wohlmeinenden ausschließen könnten.

Der trifft in der Regel gerade diejenigen, die trotzdem versuchen, handwerklich korrekt ihre Arbeit zu machen. Wie zum Beispiel den Sat.1-Moderator Claus Strunz, der im sonst gähnend langweiligen Merkel-Schulz-Fernsehduett die Kanzlerin penetrant mit Nachfragen zu dem

Thema nervte, das das Publikum tatsächlich am brennendsten interessiert: dem unbewältigten Asyl-Chaos. Strunz mußte sich dafür giftige Kollegen- und Kettenhundschele als „Scharfmacher“, „Rechtspopulist“ und „widerlicher Hetzer“ anhören.

Freilich, Strunz arbeitet für einen Sender, der – wie auch die meisten Zeitungsverlage – sein Geld selbst verdienen muß und deshalb, anders als die auf Zwangsmilliarden weich gebetteten öffentlich-rechtlichen Medien, noch gewisse Rücksichten auf die Interessen der Leute auf der anderen Seite der Mattscheibe nehmen muß. Auch das Springer-Boulevardblatt Bild hielt die merkelfromme „Refugees welcome“-Propagandaorgie seines inzwischen entsorgten Chefredakteurs Kai Diekmann, der die verkaufte Auflage rasant nach unten geprügelt hat, nicht endlos durch.

Wenn allerdings die vom Käuferschwund gebeutelten Zeitungsverlage die Öffentlich-Rechtlichen, die ihnen mit ihren Textangeboten im Netz auch im Kerngeschäft zwangsgebührenfinanzierte Konkurrenz machen, als „Staatsfunker“ attackieren, heißt ein Esel den anderen Langohr. Der Begriff paßt zwar nicht ganz, denn der Staat und seine Institutionen, die die Herrschenden gerade lustvoll zugrunde richten, sind den Klebers und Illners, den Anne Wills und Anja Reschkes herzlich egal.

„Regierungsfunker“ oder „Lautsprecher der politisch korrekten Klasse“ trifft es schon eher. Und da sind die Zwangsgebührensender mit dem gedruckten Mainstream ein Herz und eine Seele, ganz gleich, ob kollektive AfD-Verunglimpfung auf dem Programm steht, die Illustration des „Klimawandel“-Dogmas mit Rührstücken über die angeblich versinkenden Fidschi-Inseln oder Hofberichterstattung über das „Jamaika“-Sondierungsgewürge, das als Konklave zelebriert wird, an dessen herbeigesehntem Ende nur die abermalige Thronbesteigung der Klima- und Willkommenskanzlerin stehen kann.

Man müsse doch „zusammenstehen“ und „Brücken bauen“ gegen „Fake News und populistische Parolen“, kontert die „Frankfurter Erklärung“ der Zwangsgebührensender den „Staatsfunker“-Vorwurf der Print-Kollegen. Deutlicher kann das Bekenntnis zum Kampagnenjournalismus kaum ausfallen.

Was aber, wenn das Mitlaufen die wirtschaftliche Existenz gefährdet? Staatskohle für die „Qualitätspresse“, schreien die einen. Die Cleveren holen sie sich bereits: über Regierungsanzeigen, die als „Rechercheverbund“ beschönigte Kumpanei mit GEZ-Sendern oder durch gebührenfinanzierte Auftragsproduktionen.

In Lokal- und Regionalredaktionen dagegen fassen sich andere ein Herz, legen die Scheuklappen ab und reden Klartext über Abschiebeversagen und Asylindustrie – wie der Essener WAZ-Redaktionsleiter Frank Stenglein. Das sind ermutigende Anfänge. Eine Erneuerung der etablierten Medienlandschaft kann, wenn überhaupt, nur von unten gelingen.